

## Die europäische Integrationspolitik der Partei der Arbeit (PvdA) von 1946 bis 1957\*

Das Scheitern des Universalismus, der Rückzug auf den Regionalismus und Europa als 'Dritte Macht'

Die PvdA betrachtete Europa als eine Region in der Welt, deren einzelne Staaten sich zusammenschließen müßten, um eine eigenständige Politik innerhalb der Völkergemeinschaft führen zu können. Diese Vorstellungen wurden in der Partei als 'Dritter-Weg' bezeichnet und ins Grundsatzprogramm aufgenommen. Der Marshallplan wurde nach kurzer Diskussion als eine Möglichkeit gesehen, diesen 'Dritten Weg' zu verwirklichen. Die PvdA sah Benelux als eine Ausgangsposition für die europäische Vereinigung. Mit der Zustimmung zum Beneluxvertrag setzte sie dann ihr bis zu diesem Zeitpunkt theoretisches Engagement in die Praxis um. Einen weiteren, wesentlichen Schritt vollzog die Partei mit der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Großbritannien und Deutschland.

Während dieser ersten Nachkriegsjahre spielten universalistische Modelle innerhalb der PvdA eine große Rolle. Der Weltfriede sollte mittels eines globalen Rechtssystems innerhalb der Organisation der Vereinten Nationen geschaffen werden. Die von den Niederlanden einzunehmende Position dazu wurde in Artikel 9/29 im Parteiprogramm erläutert: Die Partei befürwortet eine große Völkergemeinschaft zur Festigung des Weltfriedens. Innerhalb dieser zukünftigen Weltordnung müßte jeder Staat bereit sein, einen Teil seiner souveränen Rechte an eine höhere Instanz abzutreten. Innerhalb dieses allgemeinen Rahmens sollten regionale Gruppierungen von Staaten, die auf wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Ebene zusammengearbeiteten, entstehen. Zu diesem Punkt gab es in der Partei keinerlei Meinungsverschiedenheiten. Einige Parteimitglieder wollten dieses Konzept noch um eine Zoll- und Währungsunion verschiedener Staaten erweitern. Außerdem wurden demokratische Kontrolle und Rechtssicherheit gefordert. Das Gefüge der Region Europa sollte sich als 'Dritte Macht' unabhängig von den USA und der UdSSR entwickeln. Die Mehrheit der Auslandsspezialisten der Partei unterstützte diese Vorstellungen, so auch der Abgeordnete Geert Ruygers. Er schrieb dazu 1946 im sozialdemokratischen Kaderblatt *Paraat*, daß alle Westeuropäer, vor allem jedoch die Sozialisten, jede Form von Machtpolitik, so wie diese von den beiden Großmächten ausgeübt würde, abzulehnen hätten und so den Weg zum Frieden weisen sollten. Auch der Fraktionsführer der PvdA, Marius van der Goes van Naters, vertrat das politische Konzept des Dritten Weges. Westeuropa stünde vor der Wahl, Brückenkopf oder Brücke zu sein. Er plädierte für eine Brückenfunktion

---

\* Der Beitrag ist eine verkürzte Fassung der 'doctoraalscriptie' des Verfassers, eingereicht an der Katholieke Universiteit Nijmegen im Juli 1994. Er wurde von Frau Ute Heinen-von Borries aus dem Niederländischen ins Deutsche übertragen.

zwischen westlichem Kapitalismus und östlichem Kommunismus. Die Niederlande dürften sich nicht zum Brückenkopf und vorgeschobenen Posten einer Großmacht degradieren lassen. Das Ziel einer unabhängigen Region Europa innerhalb der Organisation der Vereinten Nationen müsse der Weltfriede sein, der nur mit einem vereinigten sozialistischen Europa erreicht werden könne.

Noch stärker als van der Goes van Naters engagierte sich der ehemalige Parlamentarier Hendrik Brugmans für die Sache der Europäischen Vereinigung, die für ihn noch über den nationalen Interessen der Niederlande stand. Er schrieb 1947 in der Zeitschrift *Paraat*, daß alle militärischen und wirtschaftlichen Probleme auf europäischer Ebene gelöst werden müßten. Eine derartige regionale Föderation sei ja auch im Manifest der Vereinten Nationen bereits festgeschrieben. Nur so sei die drohende Aufteilung der Welt in zwei Lager zu verhindern. Nur ein vereintes Europa könne sich der Kolonisation durch die Großmächte widersetzen. "Ein europäischer Schulterschuß ist die einzige Möglichkeit, der militärischen und wirtschaftlichen Hegemonie Amerikas entgegenzuwirken. Wenn wir eine autonome Politik wollen, ohne die Vasallen Amerikas oder Rußlands zu sein, so kann dies nur im Rahmen einer europäischen Vereinigung verwirklicht werden; der 'Dritte Weg' ist der einzig gangbare."<sup>1</sup>

Auch der prominente Wirtschaftswissenschaftler der Partei, Jan Tinbergen, vertrat diese Auffassung. Er analysierte die beiden großen sozioökonomischen Systeme der Welt wie folgt: Amerika sei ein Land des Pioniergeistes und der Ungebundenheit, die allerdings viele negative Seiten zeige. Dort sei der alte Räuberkapitalismus in vieler Hinsicht noch wirksam. Rußland biete seiner Bevölkerung maximale, von der Obrigkeit mit starker Hand gesteuerte Geborgenheit, welche die Mißstände des Kapitalismus ausgeräumt habe, dafür gehöre die Freiheit nicht zu den hervorstechenden Merkmalen dieses Staates. Tinbergen befand, daß Europa nicht nur die Wahl zwischen diesen beiden Systemen habe, sondern einen eigenen Weg finden müsse, der persönliche Freiheit, Menschenrechte, Friedfertigkeit und die ordnende Hand der Regierenden in sich vereine: "Die Welt ist nicht nur schwarz oder weiß. Es gibt eine Vielzahl von Zwischentönen, deren schönste Natur und Leben begünstigen."<sup>2</sup>

Auch Alfred Mozer gehörte zu der Gruppe der herausragenden Persönlichkeiten, die an den 'Dritten Weg' glaubten. Auch er verurteilte den amerikanischen Kapitalismus und den Kommunismus der Sowjetunion und glaubte an die Friedensaufgabe Europas. Die Haltung der Briten und Amerikaner in der Europafrage nach dem Krieg enttäuschte ihn bitter; er warf ihnen Verantwortungslosigkeit vor.<sup>3</sup> Willem Drees, der politische Kopf der PvdA, hat sich zum Konzept des Dritten Weges nie geäußert. Dennoch sah auch er in einer Stärkung Europas durch Zusammenarbeit die einzige Möglichkeit, allerdings legte er den Hauptakzent auf ökonomi-

---

<sup>1</sup> *Het Europees federalisme en wij*, in: *Paraat*, 10.10.1947.

<sup>2</sup> *De derde Weg*, in: *Socialisme en Democratie* 12 (1946).

<sup>3</sup> *Europa in de Branding*, in: *Paraat*, 2.8.1946.

sche Zusammenarbeit und gemeinsame Kraftanstrengungen für den Wiederaufbau.<sup>4</sup>

In der sozialdemokratischen Presse und den Parteiveröffentlichungen erschienen regelmäßig Artikel zum Thema 'Dritter Weg,' in denen die oben beschriebenen Argumente diskutiert wurden. Als weiterer Punkt wurde immer wieder betont, daß Westeuropa die guten Seiten aus beiden Machtblöcken für sich nutzen und die negativen ausgrenzen sollte. Der Osten unterdrücke die geistige Freiheit, Individuen zählten nicht. Das dürfte es in Westeuropa nie geben, hier respektierte man die Menschenwürde. Das amerikanische Wirtschaftssystem wurde scharf kritisiert, während man die persönliche Freiheit in den USA hoch pries. Gelenkte Wirtschaft und Umverteilung des Volksvermögens galten als vorbildliche Errungenschaften der UdSSR. Europa sollte der Welt aufgrund seiner Zusammenarbeit, Völkerfreundschaft und auf sozioökonomischer Ebene ein Vorbild werden. Vor allem durfte der alte Kontinent sich nicht abschotten, sondern sollte Handelsbeziehungen mit der ganzen Welt pflegen. Eine europäische sozialistische Völkergemeinschaft war das Ziel. Der hier zitierte Artikel war der letzte seiner Art. Das Dritte-Weg-Denken verschwand. Die UdSSR erschien in stets ungünstigerem Licht, während die USA immer positiver beurteilt wurden.<sup>5</sup> In der sozialdemokratischen Presse läßt sich die Entwicklung des Kalten Krieg-Denkens gut verfolgen, wobei zwischen den einzelnen Blättern durchaus Unterschiede zu bemerken sind. *Het Vrije Volk* zitierte 1946 noch regelmäßig Äußerungen Stalins, äußerte sich aber auch kritisch zur Sowjetunion. An den USA mißfielen die Rassenbestimmungen, der scharfe Antikommunismus und die Knebelung der Gewerkschaften.

Mitte 1947 gewannen die USA merklich an Sympathie. Daß dies mit der Lancierung des Marshallplans einherging, tritt in einigen Artikeln deutlich zutage.<sup>6</sup> Die Zeitschrift *Paraat* gab sich von Anfang an recht proamerikanisch. Im Vergleich dazu behielt das Parteiorgan des linken Flügels, *De Vlam*, seinen antiamerikanischen Kurs bei, enthielt sich jeder Idealisierung und blieb Befürworter eines sozialistischen Europas.

1947 formierte sich eine Gruppe von 'Atlantikern', die für eine engere Zusammenarbeit mit den USA eintraten. Zu ihnen zählten die Abgeordneten J. Barents und besonders J. de Kadt, der einen fast an Haß grenzenden, antikommunistischen Kurs vertrat. Mitte 1947 verfaßte er einen antirussischen Artikel, in dem er vorbehaltlose Unterstützung für Amerika forderte. Sein Argument, Europa sei bankrott und könne sich aus eigener Kraft nie mehr erholen, beinhaltete eine positive Haltung zur Marshallhilfe. Er glaubte an eine große europäische Zukunft,

---

<sup>4</sup> *Notulen partijraad*, in: IISG, PvdA.

<sup>5</sup> *1948 jaar van de derde Weg*, in: *Paraat*, 7.11.1947; *Europa in de branding*, in: *ebd.*, 2.8.1946; *Opstanding van Europa*, in: *ebd.*, 11.10.1946; *Europese vernieuwing*, in: *ebd.*, 30.8.1946; *De derde Weg*, in: *ebd.*, 21.6.1946; *De derde Weg*, in: *Socialisme en Democratie* 12 (1946); *Moskou en een verenigd Europa*, in: *De Vlam*, 8.3.1947; *Europees federalisme*, in: *Het vrije Volk*, 12.4.1947.

<sup>6</sup> *Van dag tot dag*, in: *Het Vrije Volk*, 18.6.1947; *Van dag tot dag*, in: *ebd.*, 1.7.1946.

unter der Bedingung, daß es mit Hilfe der Amerikaner zu einer europäischen Vereinigung käme. Wenn bessere Zeiten angebrochen seien, könne Europa sich wieder auf eigene Beine stellen. Barents hingegen äußerte sich skeptisch zu den Föderationsplänen; bisher sei es bei ziemlich inhaltslosen Absichtserklärungen und uferlosen Diskussionen geblieben. Gleichzeitig stellte er die Frage, warum eigentlich nur Europa föderieren solle. England und die USA könnten ebenso in diesen Verbund aufgenommen werden, da dies ökonomisch sinnvoll sei. Eine solche atlantische Lösung könne durchaus eine Lösung der Weltprobleme bringen, mehr als eine rein europäische Föderation, denn - so fragte er sich - was war unter Europa zu verstehen. Gehörte die Sowjetunion dazu, Bulgarien und Griechenland? Mit Gewißheit nicht! Wohingegen Kanada und die USA von ihrer Tradition her europäisch waren.<sup>7</sup>

So hatten die Dritte-Weg-Ideologen mit den Atlantikern eine innerparteiliche Opposition erhalten. Ersteren wurde ohnehin durch den schnell zunehmenden Antikommunismus die Basis entzogen. De Kadt spielte eine zentrale Rolle in dieser Diskussion, in der man den Föderalisten deutlich zu verstehen gab, daß ein Europa ohne die Unterstützung der USA für die PvdA keine Alternative mehr darstellte. Es war einfach nicht stark genug für einen Alleingang und würde dem 'Reich des Bösen', der Sowjetunion, anheimfallen.<sup>8</sup> Der Meinungsumschlag hatte sich blitzschnell vollzogen. Das letzte Mal, daß im Parteirat eine mögliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion erwähnt wurde, war im November 1947.<sup>9</sup> Bereits am 22. April 1948 durfte über den 'Dritten Weg' nicht mehr gesprochen werden.<sup>10</sup> Fortan galt, daß die USA gar keine so üble Option darstellten, denn auf dem Weg über den Marshallplan ließe sich die sozialistische Ausrichtung Europas befördern.

Der Marshallplan, neue Hoffnung auf ein geordnetes Wirtschaftsleben in den Niederlanden und in Europa

Der Marshallplan wurde von einigen Parteimitgliedern auch kritisch beurteilt, denn die Anerkennung bedeutete das Ende des Dritten-Weg-Konzeptes: "Es gehört zwar zu den guten Sitten, einem geschenkten Gaul nicht ins Maul zu schauen, dennoch ist zu bedenken, ob es sich hier nicht um ein Trojanisches Pferd handelt" konterte

---

<sup>7</sup> J. BARENTS, *Federalisme. Leus en werkelijkheid*, in: *Socialisme en Democratie*, 6 (1945).

<sup>8</sup> *Handelingen der Staten-Generaal, Tweede Kamer 1947-1948*, 1623, 22.4.1948; *Vijftien stellingen over Rusland*, in: IISG, *PvdA Commissie buitenlandse politiek, 1947*.

<sup>9</sup> IISG, *PvdA, notulen Partijbestuur, 4.11.1947*.

<sup>10</sup> *Handelingen der Staten Generaal, Tweede Kamer 1947-1948*, 1623.

*Paraat*.<sup>11</sup> Einige Parteidistrikte erkundigten sich beim Vorstand, ob die Amerikaner Europa auf dem Wege der Bestechung zu kaufen versuchten, denn es handle sich hier doch wohl deutlich um eine eigennützige Aktion.<sup>12</sup> Auch *De Vlam* druckte mehrere Artikel zum Thema 'Dollarimperialismus'. Zu einer wirklich heftigen Auseinandersetzung kam es nicht, denn es war zu offenkundig, wie dringend die Niederlande die Dollarhilfe benötigten.

Vor dem Überfall Deutschlands auf die Niederlande, hatte die Wirtschaft sich stark auf Deutschland orientiert, dessen schlechte Wirtschaftslage nun nach Kriegsende ein ernsthaftes Problem darstellte. Weder die niederländische noch die gesamteuropäische Wirtschaft würden sich ohne eine Rekonsolidierung der deutschen Wirtschaft erholen. Hinzu kam, daß die bewaffneten Auseinandersetzungen in Indonesien die Staatskasse belasteten. Die sozialdemokratische Presse betonte den besorgniserregenden Zustand der niederländischen Wirtschaft. Import und Export gerieten in eine Schiefelage und die nationalen Goldvorräte schwanden dahin. Nur eine Produktionserhöhung konnte Entspannung bringen; dazu brauchte man Kapital, welches jedoch nicht vorhanden war. Man drehte sich im Kreise und nur die Amerikaner konnten mit ihrer Marshallhilfe aus diesem Dilemma heraushelfen.<sup>13</sup> Die Sozialdemokraten erkannten sehr genau, daß dies kein Akt reiner Nächstenliebe war, sondern ein Weg, um Arbeitsmarktprobleme und Überproduktion in den USA zu steuern und gleichzeitig innerhalb Europas der kommunistischen Gefahr entgegenzuwirken. Diese Motive fand man durchaus akzeptabel. Der Parteivorsitzende Vorrink schrieb dazu: "Ja, Amerika hat eigene Motive; es weiß, daß es selbst in Schwierigkeiten gerät, wenn Europa im Chaos versinkt. Es wird also von eigennützigen Absichten geleitet? Ja, aber was will man damit eigentlich beweisen?" Es sei nur positiv zu bewerten, wenn Amerika und Europa Vorteile aus dem Marshallplan entstünden; das verhindere ein vorzeitiges Abbrechen des Hilfsprogramms.<sup>14</sup> Niemand in der PvdA sah ein Diktat auf Europa zukommen. Die Erwähnung der Tatsache, daß auch die osteuropäischen Staaten eingeladen waren zu partizipieren, fehlte nie. Der Plan würde sich für die ganze Welt segensreich auswirken, denn Europa erhielt nun definitiv die Chance zur Vereinigung. Die in diese Richtung zielende Forderung der Amerikaner wurde als große und notwendige Initiative und somit als absolut berechtigt empfunden.<sup>15</sup>

Die Reaktion in der Presse verlief einigermaßen kongruent. Allerdings setzte es Kritik, daß die Hilfe so spät komme: "Erst wenn Europa untergeht hilft Ameri-

---

<sup>11</sup> *Krachten voor Europa's herstel*, in: *Paraat*, 4.7.1947.

<sup>12</sup> *Brief afdelingsbestuur Utrecht aan D.B. van de PvdA*, in: IISG, PvdA Algemeen.

<sup>13</sup> F. WIELENGA, *De Partij van de Arbeid en het Marshall-plan*, in: *Het Vijfde jaarboek voor het democratisch socialisme*, S.128-131.

<sup>14</sup> *Europa één in een verenigde wereld*, in: *Paraat*, 5.12.1948.

<sup>15</sup> *Het Marshall-plan en Nederland*, in: *ebd.*, 26.9.1947.

ka." Man kreidete den USA zwei verlorenen Jahre an; dadurch hätten sie, so schrieb *Paraat*, viel 'goodwill' eingebüßt. Doch der Tenor entwickelte sich insgesamt positiv. Der Marshallplan bewiese, daß die Amerikaner die Zweiteilung der Welt nicht beförderten. Sie waren - ganz im Gegenteil - viel zu lange freundlich zu den Russen geblieben, und reichten den Europäern nun die Hand, um zu einer unabhängigen Macht heranzuwachsen und eigene Wege zu gehen. Im September 1947 schrieb *Paraat*: "Die amerikanischen Bedingungen stimulieren die europäische Selbständigkeit, denn sie fördern die Gesundung der einzelnen nationalen Haushalte und die Europaföderation. Sie spornen die Europäer an, eigene Lösungen zu finden und stärken so die europäische Wehrhaftigkeit gegen äußere Einmischung."<sup>16</sup> Nur bei einer anhaltend schlechten Wirtschaftslage in Europa würde dieser Weltteil vom Ausland abhängig bleiben.<sup>17</sup> Anfangs verliefen die Überlegungen zu Marshallplan und 'Dritte Weg-Theorie' sogar kongruent. Dadurch würde die europäische Wirtschaft sogar schneller in die Richtung einer Planwirtschaft gelenkt. War es doch so, daß die Länder gezwungen wurden, zu inventarisieren, was sie benötigten. Die USA wollten ihre Dollars nicht in unkontrollierbaren Kanälen versickern lassen und forderten deshalb Einsicht in die Anwendung ihrer Kredite. Durch diese erzwungene Planung läge ein sozialistisches Europa in Reichweite; doch auch als sich dies als Utopie erwies, erfreute sich der Marshallplan ungeteilter Zustimmung.<sup>18</sup>

#### Die Meinung der PvdA zu den Beneluxplänen

Die Beneluxpläne wurden in der PvdA als ein praktikabler Ansatz für eine europäische Integration gesehen. Bereits während des Krieges waren in London Verträge zur Integration Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande geschlossen. 1946 stand die Partei geschlossen dahinter und sah Benelux als vorbildhaft für die ganze Welt. Dennoch stellte sich kurz darauf die ganze Partei gegen diese Pläne. Diese stark fluktuierende Meinung kennzeichnete weiterhin die Haltung der PvdA. Wann immer die Verhandlungen in eine Sackgasse gerieten, stellte man die Frage nach den Chancen für Benelux; sobald die Schwierigkeiten ausgeräumt waren, wurde die Vorbildfunktion wieder betont. 1946 stellte sich die Frage, ob Benelux ein schlichtes Zollabkommen bleiben, oder zu einer echten Union und Wiedervereinigung der geteilten Niederlande auf sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene auswachsen sollte. Letzteres wurde unter den Voraussetzungen einer sozialistischen Wirtschaftsform als erstrebenswert erachtet, deren Durchführung nur eine Frage der Zeit

---

<sup>16</sup> *Het rode Potlood*, in: *ebd.*, 19.9.1947.

<sup>17</sup> *Marshall-plan of chaos*, in: *ebd.*, 11.7.1947.

<sup>18</sup> WIELENGA, *De Partij van de Arbeid*, S. 128-131.

sei.<sup>19</sup> Trotz gelegentlicher Begeisterungsausbrüche darf die Beachtung, die dem Thema geschenkt wurde, nicht überschätzt werden.<sup>20</sup> Ein großes Thema ist Benelux zu diesem Zeitpunkt nicht gewesen. Am 10.1.1947 ging es dem *Het Vrije Volk* zu langsam. Der Autor fand, daß Belgien und die Niederlande mehr zur Zusammenarbeit bereit sein sollten.<sup>21</sup> Im März brachte die Zeitung die Mitteilung, daß die Zollunion sich verzögere. Immer wenn es danach aussah, daß Benelux auch auf Kosten der Niederlande gehen würde, fiel die Begeisterung dafür in sich zusammen.

Die PvdA und die anderen europäischen Länder. Deutschland und Europa

Revanchege Gedanken in bezug auf Deutschland wurden in der PvdA nicht zugelassen. Selbstverständlich hatten alle ihre Schwierigkeiten mit Deutschland und den Deutschen. Dies Land war jedoch von einer derart essentiellen Bedeutung für die Niederlande, daß es schlicht und ergreifend so schnell wie möglich wieder aufgebaut werden mußte. Willem Drees schrieb dazu: "Man darf die Unschuldigen, vor allem die kommenden Generationen, nicht mehr, als dies aus den unvermeidlichen Folgen erwächst, für die Missetaten derjenigen, die über Deutschland geherrscht haben, büßen lassen. Das ist eine Forderung im Namen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit und außerdem die eines wohlverstandenen Eigeninteresses". Es dürfe kein zweites Versailles geben. Die Niederlande bräuchten ein gut funktionierendes Deutschland.<sup>22</sup> Europäischer und deutscher Wiederaufbau waren unwiederbringlich miteinander verbunden. Viele Angehörige der Parteikader sahen den Schlüssel für die Zukunft Deutschlands in Europa. Das Land müsse aufgebaut werden, ohne die Möglichkeit zu einer erneuten Aggression zu erhalten.<sup>23</sup> 1946 fanden sich in der Presse regelmäßig Artikel zur Frage der Wiedergutmachtungszahlungen und über die Abzweigung deutscher Territorien zugunsten der Niederlande. Im Sommer 1946 sprach der Minister in diesem Zusammenhang von über 5000 Quadratkilometern.<sup>24</sup> Alfred Mozer stellte sich gegen diese Annexionspläne. Deutschland müsse vernünftig behandelt werden. Diese Meinung vertrat die Mehrheit in der Partei. Vor allem die Journalisten von *De Vlam* erwiesen sich als Befürworter eines deutschen

---

<sup>19</sup> H.J. HOFSTRA, *De Tol-unie met België en Luxemburg*, in: *Socialisme en Democratie* 11 (1947), S. 327.

<sup>20</sup> *Benelux*, in: *Het Vrije Volk*, 21.6.1946.

<sup>21</sup> *Benelux*, in: ebd., 10.1.1947.

<sup>22</sup> *Benelux*, in: *Het Vrije Volk*, 27.6.1946.

<sup>23</sup> *Europa in de branding*, in: *Paraat*, 2.8.1946.

<sup>24</sup> F. WIELENGA, *West Duitsland: Partner uit noodzaak, Nederland en de Bondsrepubliek 1949-1955*, Utrecht 1989.

Wiederaufbaus. Bereits am 15.1.1946 schrieb das Blatt, daß Deutschland wieder aufgebaut werden müsse, statt es zu demontieren. Die Handlungsweise der Russen in dieser Hinsicht wurde scharf verurteilt: "Es darf keine Steppe im Herzen unseres Erdteils entstehen."<sup>25</sup> *Het Vrije Volk* schloß sich dieser Auffassung an. Nur *Paraat* publizierte einige scharfe Artikel gegen die Deutschlandpolitik der Regierung und diesen ganzen Tenor in der Presse, der im übrigen keineswegs bedeutete, daß es keine Haßgefühle gegen Deutschland gegeben hätte. Der Regierung wurde ihre schizophrene Haltung vorgehalten, daß man das Huhn ein wenig rupfen und ein wenig leben lassen wolle. "Man schneidet ins Fleisch und will das Tier doch leben lassen, elegant ist dies nicht. Und so wird man, indem man alles zugleich will, zum Schluß gar nichts erreichen."<sup>26</sup>

Im November 1946 wurde die Forderung der Regierung auf 1750 Quadratkilometer reduziert. Das Hauptanliegen bestand darin, daß die Besatzungsmächte die Behinderungen für den Wirtschaftsverkehr aufhoben. Die Annexionsforderungen gestalteten sich immer geringer, um Ende 1947 ganz zu verschwinden. Die Wirtschaftshilfe für den Westen Deutschlands wurde aufatmend registriert.

Alle Auslandsspezialisten und die gesamte übrige PvdA waren sich in der Auffassung, daß eine Teilnahme Großbritanniens an der europäischen Vereinigung unverzichtbar sei, einig. Alle bedauerten, daß die Labourregierung sich in dieser Frage so passiv verhielt, denn mit einem von Labour regierten England lag ein sozialistischer Kurs Europas im Bereich des Möglichen. Zugleich würde die Mitgliedschaft Großbritanniens eine Barriere gegen französische Vormachtsansprüche schaffen. Man sah allerdings durchaus ein, daß den Briten ihr Commonwealth vorging; das mächtige Land hatte die Europaintegration eben weniger nötig als andere, kleinere Staaten. Auf Dauer gesehen war man jedoch in der PvdA davon überzeugt, daß Großbritannien die Verantwortung für Europa übernehmen werde.<sup>27</sup> Die Wertschätzung für Großbritannien in der sozialdemokratischen Presse ist unverkennbar. Als die Labourpartei mit ihrer Broschüre *Feet on the ground* vollkommen deutlich machte, daß sie die europäische Vereinigung nicht unterstützte, war dies eine herbe Enttäuschung.<sup>28</sup> Trotzdem stand die PvdA zu ihrem Kurs: keine Europaintegration ohne Großbritannien, mit dem die Niederlande weit mehr historische Bande besäßen als mit dem Kontinent. Dementsprechend gering war das Interesse an Frankreich oder gar an Italien, das im Kriege an der Seite Deutschlands gestanden hatte. Obwohl man auch hier so schnell wie möglich vergeben und vergessen wollte.

Zusammenfassend läßt sich zu der Periode 1945/1947 sagen, daß die Europaidee von den Auslandsspezialisten und den hohen Parteifunktionären van der Goes

---

<sup>25</sup> *De Vlam*, 15.1.1946; ebd., 9.2.1946.

<sup>26</sup> *Buitenlands overzicht*, in: *Paraat*, 19.7.1946.

<sup>27</sup> G. RUYGERS, *Engeland en de Europese eenheid*, in: *Socialisme en Democratie* 12 (1947).

<sup>28</sup> Ebd.



und Vorrink ernst genommen wurde, die Minister sich auf regierungstechnischer Ebene damit aber nicht beschäftigten. Mitte des Jahres 1947 etablierte sich die Gruppe der Atlantiker und mit ihnen die 'Kalter-Krieg-Mentalität'. Benelux wurde begrüßt, nur mit der praktischen Durchführung haperte es. In der Presse herrschte die Auffassung, die Niederlande seien zu arm für ökonomische Opfer, vor. Europa fungierte hauptsächlich als ein Thema für Idealisten.

1948-1953 - Europa im Bann des Kalten Krieges; die Stimmung schlägt um

Die Machtergreifung der Kommunisten in Prag im Februar 1948 zementierte die Zweiteilung Europas, eine Tatsache, an der nun niemand mehr in der Partei zweifelte. Die Tschechoslowakei war der einzige demokratische Staat des Ostblocks gewesen. Die Atmosphäre wurde antikommunistisch, der Sowjetimperialismus als Gefahr erkannt. Man zog eine Parallele: 'München 1939 - Prag 1948'. Auf der Titelseite des *Het Vrije Volk* wurde von einer Demonstration berichtet, auf der Vorrink den Zuhörern erklärte: "Nur ein festgefügtes System der Zusammenarbeit auf militärischer, wirtschaftlicher und politischer Ebene kann die russische Gefahr bannen." Der vorher latent anwesende Antikommunismus und eine antirussische Kampagne wurde nun in der Öffentlichkeit ausgetragen.<sup>29</sup> Nur *De Vlam* sprach von einer Kriegspsychose in der PvdA. Diese Tendenz wirkte sich auf die Europapolitik der Partei aus. Auch um den Preis der Aufgabe des Gedankens an ein sozialistisches Europa wurde nun eine enge Zusammenarbeit mit den USA befürwortet. Das relative Einverständnis, das bisher zum Thema Europaintegration bestanden hatte, war gewichen. Wie sich in der Diskussion um den Europarat zeigte, herrschten nun drei unterschiedliche Strömungen in der Partei vor.

Die Mehrheit der Sozialdemokraten begrüßte den Europakongreß in Den Haag und den daraus entstehenden Europarat. Die zustimmende Berichterstattung in *Het Vrije Volk* bezeugt dies. Van der Goes van Naters, Brugmans, Ruygers und Alfred Mozer waren begeistert und beschäftigten sich intensiv mit dem Europarat. Alle anderen Parteimitglieder äußerten sich nur selten dazu. Ruygers berichtete dem Parteirat ausführlich über das Europaparlament; Diskussionen dazu gab es genug. *Het Vrije Volk* stellte fest, daß der Haager Kongreß eine 'Churchillshow' gewesen sei, während *Paraat* dessen chaotischen Verlauf bemängelte und offen aussprach, daß hier viel Wind um nichts gemacht werde. Keiner konnte leugnen, daß dieser europäische Schulteranschluß nur aus der Angst vor einem neuen Krieg zustande gekommen war.<sup>30</sup>

In der PvdA formierten sich zwei Gruppierungen, die eine Europaintegration befürworteten, allerdings auf jeweils verschiedene Weise. Die Anzahl der echten Föderalisten war klein; nur Hendrik Brugmans, Willem Verkade und Buskens forderten, daß Europa sich, basierend auf einer Verfassung, in einer großen Volks-

---

<sup>29</sup> K. VORRINK/VAN HEUVEN/GOEDHART, *Alarm in Praag. Redevoeringen gehouden te Amsterdam op 28-2-1948*, S. 10-17.

<sup>30</sup> *Paraat*, 28.5.1948.

bewegung vereinigen sollte. Den funktionalistischen Weg über die stufenweise Verflechtung kleinerer Einheiten lehnten sie als zu bürokratisch ab. Die Pragmatiker hingegen wiesen auf die Schwierigkeiten der Beneluxverhandlungen hin. Mehr als eine Methode der kleinen Schritte sei zum Scheitern verurteilt. Ihr Motto lautete: 'Maximale europäische Einheit in minimaler Zeit'. Diese Auffassung erhielt die größte Zustimmung in der Partei; jedenfalls wenn man davon ausgeht, daß Zustimmung übereinstimmt mit der Anzahl der akzeptierten Wortmeldungen in den Konferenzen der höheren Parteigremien. Zu dieser Gruppe gehörten Vorrink, Ruygers, Mozer, van der Goes, Nederhorst, Burger und Den Uyl, deren Mitstreiter im Kabinett der Minister für Soziales, Joekes, war. Eine dritte Gruppierung bildeten Drees, Liefstink, Roemers und Jonkman, die eine Festschreibung supranationaler Instanzen ablehnten und sich selbst als Realisten in dieser Frage betrachteten.

Wie sah diese Dreiteilung aus? Die Föderalisten besaßen wenig Macht. Sie publizierten ab und zu eine Broschüre, die in den Schubladen verschwand. In einem dieser Texte, der nicht einmal gedruckt wurde, stand, daß von den einzelnen Regierungen kaum etwas zu erwarten sei. Die Bürger müßten Europa erzwingen. Sozialisten hätten die Pflicht dies zu verwirklichen, denn es gäbe keinen Sozialismus ohne Europa und kein Europa ohne Sozialismus. "Für ein vereinigt Europa wählt PvdA", lautete der letzte Satz.<sup>31</sup>

Während einer Parteiratssitzung entbrannte zum Thema Europarat eine Diskussion zwischen Brugmans, Ruygers, Den Uyl und Roemers, in der die unterschiedlichen Auffassungen deutlich hervortraten. Brugmans plädierte für einen schnellen Zusammenschluß. Er war Ende 1949 bereits unzufrieden mit dem Fortgang der Verhandlungen. Großbritannien blockiere die Föderation. Die anderen Europäer sollten dies nicht hinnehmen. Wenn nötig müsse es eben ohne die Briten weitergehen. Eine Totalintegration habe zu erfolgen: politisch, wirtschaftlich und kulturell. Die funktionalistische Methode würde dazu führen, daß man sich entweder in technischen Problemen verfing oder - bei deren Lösung - den Gefahren der Technokratisierung und Bürokratisierung erliegen würde. "Wenn wir wollen, daß die Staaten auf allen Ebenen koordiniert werden, dann kann dies nur von Organen ausgehen, die politische Verantwortung tragen und demokratisch geführt werden. Nur der Föderalismus ist in der Lage, dies zu garantieren."<sup>32</sup> Ruygers antwortete konform der Auffassung seiner Gruppe, man wolle absolut keine Initiativen ohne die Briten, die zwar eine Intensivierung der Zusammenarbeit in Europa nicht grundsätzlich ablehnten, aber in einer föderalistischen Bewegung kein Heil sähen. "Auch wenn wir uns zunächst bescheiden müssen; wir dürfen uns nicht gegen England stellen." Ob Europa nun eine Union oder eine Föderation werde, ließe ihn persönlich kalt, solange die Einheit so weitgehend wie eben möglich verwirklicht werde; das Gebot der Stunde erfordere ökonomische Einheit.<sup>33</sup> Den Standpunkt der Realisten vertrat Roemers: Auf Wirtschaftsebene sei Integration komplex.

---

<sup>31</sup> *Federatief Europa*, in: IISG, PvdA, Comm. 16 1949.

<sup>32</sup> IISG, PvdA, *notulen partijraad*. 3.12.1949, S. 10.

<sup>33</sup> Ebd., S. 13.

Wenn die Grenzen geöffnet würden, gleiche dies dem Abbruch der Grundmauern eines Hauses. Dieser Freiraum beinhalte auch und gleichzeitig Einsturzgefahr; liberale Integration war ihm zuwider. Jahrhunderte alte Strukturen könne man nicht einfach abschaffen.<sup>34</sup> Immer wenn die Funktionalisten eigene Pläne präsentierten, wurde von den Realisten abgewunken, auch wenn Minister Joekes den großen Nutzen für Europa betonte.<sup>35</sup> Sobald niederländische Interessen direkt angesprochen wurden, z.B. die Souveränität in Wirtschaftsfragen, schlug man Alarm. Im Sinne der Fraktionsdisziplin durfte keiner eine gegenteilige Meinung äußern. Allgemeine Aspekte der Europaintegration wurden ausgegrenzt, nur ökonomische und militärische Interessen zählten. Drees sah die ganze Europaintegration als ein hohes Ziel für Parlamentarier, aber als unbrauchbar für die Regierung, die ausschließlich die Belange des Landes zu vertreten hatte. Die Spannungen, die diese Haltung zwischen Regierung und Parlament verursachte, treten in den Quellen deutlich hervor, auch wenn darüber öffentlich nicht gesprochen wurde.<sup>36</sup> Dennoch erschien in der Zeitschrift *Paraat* ein Artikel, der die Irritationen nicht vertuschte.

Das Interesse am Europarat nahm schnell ab. Während die Föderalisten ihm keine Bedeutung beimaßen<sup>37</sup>, blieben die Funktionalisten bis 1951 einigermaßen hoffnungsvoll. Sie informierten die Leser der sozialdemokratischen Presse, doch die Berichterstattung nahm 1951/1952 ab.<sup>38</sup> Das Vertrauen in die Institution sank. Die Realisten hatten den Europarat ohnehin nie ernst genommen. Das Interesse richtete sich nun auf den Schuman- und Plevenplan.

## Der Pakt von Brüssel und der Atlantikpakt

Als am 17.3.1948 Frankreich, Großbritannien und die Beneluxstaaten in Brüssel ihr gegenseitiges militärisches Beistandsabkommen schlossen, wurde dies von den Föderalisten begrüßt. Verkade bedauerte zwar, daß damit die Neutralitätspolitik beendet wurde, aber er maß dem Abkommen mehr Bedeutung als nur eine Reaktion auf den Kalten Krieg bei, denn einige Paragraphen öffneten den Weg in die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Integration. Das Neutralitätsprinzip war nicht ganz aufgegeben worden und sogar eine 'Dritter-Weg-Variante' blieb im Bereich

---

<sup>34</sup> Ebd., S. 11.

<sup>35</sup> ARA, *Notulen van de ministerraad 23.8.1948*.

<sup>36</sup> Ebd., 23.10.1948, 1.3.1948, 8.3.1948.

<sup>37</sup> *De Vlam*, 13.8.1949.

<sup>38</sup> G. RUIGERS, *Straatsburg 1950*, in: *Socialisme en Democratie* 12 (1950), S.432; *Paraat*, 23.9.1949; *Brieven uit Straatsburg*, in: *Paraat*, 8.9.1950.

der Möglichkeiten.<sup>39</sup> Es herrschte allgemeiner Konsens über den Nutzen des Abkommens. Heftiger ging es zu, als der Pakt auf Amerika ausgeweitet wurde. *De Vlam* gestand zwar, daß der Sozialismus in einer kapitalistischen Gesellschaft mehr Chancen erhalte als in einer kommunistischen, dies sei aber noch lange kein Grund, die USA in einem Militärbündnis gegen die Sowjetunion zu umarmen, denn so würden die Spannungen weltweit erhöht. Die Atombombe sei Abschreckung genug. Die Russen müßten dies als Umzingelung interpretieren. Der Autor des Artikels, Buskens, gehörte zum linken Spektrum der Partei und hatte sich unermüdlich für den 'Dritten Weg' eingesetzt.<sup>40</sup> Eine heftige Diskussion entbrannte zwischen den Atlantikern, z.B. Barents, die dem Pakt zustimmten, und den Funktionalisten, z.B. van der Goes. Dabei muß betont werden, daß nicht alle Funktionalisten gegen den Pakt waren. Brugmans verhielt sich neutral, während Buskens zu den Gegnern zählte und vor unbesonnener Akzeptanz warnte sowie dafür plädierte, gewisse Bedingungen zu stellen. Van der Goes hingegen wies dieses als unsinnig ab, denn nur aufgrund dieses Abkommens hätten die Russen in der Berlinfrage nachgegeben. Barents und van der Goes betrachteten den Pakt als Krönung der westlichen Verteidigung, wohingegen Buskens ihn als eine undurchdachte Aggression bezeichnete. Die Gegner des Pakts argumentierten ferner, man solle dem Kommunismus nicht mit militärischer Macht, sondern mit sozialistischen Maßnahmen begegnen, wozu der Pakt eindeutig nicht gehörte. Die Erhöhung des Wohlstandes in den Niederlanden mit den Mitteln sozialistischer Planökonomie zähle allerdings sehr wohl dazu. Sozialismus hatte pazifistisch zu sein. Die Antwort darauf lautete, daß man sich auf Aggressionen aus dem Osten vorzubereiten habe.<sup>41</sup> Durch die lobende Zustimmung des Parlaments fand die Diskussion ein schnelles Ende. Auf dem Parteikongreß 1949 wurde eine entsprechende Resolution angenommen: Die Niederlande müßten sich verteidigen.<sup>42</sup> Die Presse reagierte recht unnuanciert auf das Problem, indem die Gegner zu Kommunisten abgestempelt und die Befürworter als nachdenklich und friedliebend gelobt wurden.<sup>43</sup> Nur *De Vlam* blieb ihrem Kurs treu und verteidigte den 'Dritten Weg'. Die Mehrheit in der Partei verhielt sich jedoch ausgesprochen pro-amerikanisch. Stimmen mit der Tendenz, die USA seien sozialistischer als gemeinhin angenommen werde, waren in der Partei zu vernehmen. Kritik an Amerika war von 1950 an kaum noch möglich. Allerdings erhoben die Funktionalisten die Forderung nach einem nicht unerheblichen Mitspracherecht Europas im Atlantikpakt. Schon allein aus diesem Grunde sei die Europaintegration

---

<sup>39</sup> W. VERKADE, *Het pakt van Brüssel*, in: *Socialisme en Democratie* 4 (1948), S. 145.

<sup>40</sup> *Waarom wij geen voorstanders zijn van het Atlantisch-pact*, in: *De Vlam*, 4.6.1949.

<sup>41</sup> J. BARENTS, *Het Atlantisch-pact en de vrede*, in: *Paraat*, 1.7.1949.

<sup>42</sup> IISG, PvdA C1, *Resolutie inzake het Atlantisch-pact*.

<sup>43</sup> *Het pact*, in: *Paraat*, 29.7.1949.

erforderlich. Unter dieser Voraussetzung sei der Atlantikpakt ein Instrument des Friedens.

Die Realisten begrüßten den Schumanplan als einen Schritt in Richtung Europa. Endlich ließ sich beweisen, wie sehr man hinter der Idee stand. Der Schumanplan vereinte Kabinett und sozialdemokratische Parlamentarier.<sup>44</sup> Am 17.5.1950 veröffentlichte der Parteivorstand dazu eine positiv lautende Resolution, die zum Ausdruck brachte, wie sehr man die Einheit Europas wünsche, da sich erwiesen habe, daß kleinere Initiativen wie der Europarat und Benelux nicht die gewünschten Resultate erbracht hätten. Van der Goes zog es vor, abzuwarten. Er befand, daß eine Kommission prüfen solle, ob nicht doch ein Mittelweg zwischen der funktionalistischen Montanunion und einem föderalen Europa möglich sei. Er erwartete, daß sich beides miteinander vereinigen ließe. Brugmans stimmte ihm darin zu, obwohl er sich weiterhin um ein drohendes Übermaß an Technokratie und Bürokratie sorgte. Mozer befand, die politischen Aspekte im Schumanplan müßten Vorrang erhalten. Allgemeiner Konsens bestand darüber, daß der Plan die seit Jahrhunderten schwelenden Konflikte zwischen Frankreich und Deutschland abbauen würde. Obwohl der Plan ökonomische Probleme aufwerfe, ließen sich damit viele politische Probleme abbauen, indem Europa aus seiner Krise erlöst würde. Die Funktionalisten wurden nicht müde darauf hinzuweisen, daß der Plan von einem Sozialisten erdacht und somit ein sozialistischer Plan sei.<sup>45</sup> Die Probleme um die Themen Transport, Elektrizität, Kohle und Stahl könnten die Europäer hervorragend gemeinsam regeln. Die PvdA ging sogar soweit einzugestehen, daß ein Beitritt Großbritanniens zwar wünschenswert, aber nicht unbedingt erforderlich sei. Dennoch verbargen sich hinter dieser scheinbaren Eintracht viele Meinungsverschiedenheiten. Während die Funktionalisten so viel Supranationalität wie möglich erstrebten,<sup>46</sup> stimmten die Realisten nach außen hin zwar zu, befürchteten hinter verschlossenen Türen aber, daß die niederländische Lohn-Preispolitik gefährdet sei. Wenn sich noch mehr solcher Nachteile offenbarten, würde die Regierung nicht zögern den Ausstieg der Niederlande zu erwägen. Machtworte von Drees gaben stets den Durchschlag; das Kabinett dürfe nicht in Gefahr gebracht werden.<sup>47</sup> Liefink gab Drees seine volle Unterstützung, denn auch er vertrat den Standpunkt, die Hohe Behörde der Montanunion dürfe nicht zu viel Einfluß erhalten. Die niederländische Regierung müsse deren Beschlüsse jederzeit rückgängig machen können. Liefink und Drees forderten einen Ministerrat, um eine Balance in der Machtverteilung zu schaffen.<sup>48</sup> Wiederum waren die Funktionalisten machtlos. Drees sprach sich dafür aus, daß die EGKS-Versammlung und der Europarat einander ergänzen

---

<sup>44</sup> ARA, *Notulen ministerraad* 17.7.1950, 24.7.1950, 14.8.1950.

<sup>45</sup> A. MOZER, *Het plan Schuman*, in: *Socialisme en democratie* 6 (1950).

<sup>46</sup> IISG, PvdA, *Notulen partijbestuur* 17.5.1950, 30.9.1950.

<sup>47</sup> ARA, *Notulen ministerraad* 18.12.1950.

<sup>48</sup> *Handelingen Tweede Kamer*, 1950-1952 und 15.11.1950.

sollten, womit er vor allem hoffte, die Stimmung unter den Funktionalisten heben zu können.<sup>49</sup> Also stimmte Drees dem Resultat der Verhandlungen zu, während Liefertink gerne mehr Verhandlungsspielraum erhalten hätte. Nach seiner Auffassung war zuviel festgelegt worden. Die einzelnen Mitgliedstaaten hätten das Recht, in Sonderfragen ihren nationalen Spielraum zu behalten, nicht aufgeben sollen. Zufrieden hingegen erklärten sich die Funktionalisten; sie lobten die supranationalen Organe wegen der integrativen Möglichkeiten.

Der Kompromiß erwies sich als gelungen. *De Vlam* schrieb dazu, der Plan sei kapitalistisch und zeige Tendenzen zu einer 'Europa AG', es sei ferner ein Plan im Sinne von Kirche und Kapital. Laut Buskens könne aber nur ein sozialistisches Regime Europa retten.<sup>50</sup>

Als die sechs EGKS-Staaten eine weitergehende Zusammenarbeit in der Form einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft planten, stellten die Realisten sich ganz und gar dagegen. Die Wiederbewaffnung Deutschlands würde verzögert, enorme Kosten entstünden und dieser kontinentale Verteidigungsblock würde unweigerlich von Deutschland und Frankreich dominiert. Das Atlantische Verteidigungsbündnis sei ausreichend und enthalte zudem Garantien gegen unerwünschten Machtzuwachs. Die ganze EVG schade dem Atlantikpakt nur. Das Kabinett delegierte keinen offiziellen Abgesandten, sondern nur einen Beobachter zu den Verhandlungen.<sup>51</sup> Die Funktionalisten reagierten kaum auf den Plevenplan. Ohne die Konsequenzen voll zu erfassen, ahnten sie die Schwäche des Vertragswerkes. Die sozialdemokratische Presse hat nur wenig dazu geschrieben. *Het Vrije Volk* brachte auf einer Titelseite die Nachricht, Frankreich wolle ein Europaheer aufstellen.<sup>52</sup> Am 18.8.1950 stand dort zu lesen, der Atlantikpakt sei wichtiger als alle anderen Initiativen. Im darauffolgenden September schrieb das Blatt, Deutschland müsse wiederbewaffnet werden, um die Niederlande aus der Frontlinie zu halten. Eine potentielle Rhein/IJssel-Frontlinie müsse zur Elbe verschoben werden, und dafür müsse ein Europaheer entstehen. Am 25.11.1950 sprach van der Goes sich für ein solches Heer innerhalb der NATO aus. Vier Tage später schrieb er über "eine neue Hoffnung für Europa."<sup>53</sup>

Die Diskussion um das Thema der deutschen Wiederbewaffnung läßt sich wie folgt zusammenfassen: Von 1951 an läßt sich ein Durchbrechen des Tabus beobachten. Im November 1951 schrieb *Paraat* zum ersten Mal über ein europäisches Heer. Mozer beschrieb die Planung und interpretierte die Motive Frankreichs, das innerhalb von hundert Jahren fünfmal mit deutschen Militäraktionen konfrontiert worden war. Da durch den Plevenplan dahingehende Ängste abgebaut würden,

---

<sup>49</sup> IISG, PvdA, *Notulen Partijraad 15.7.1950*.

<sup>50</sup> *De Vlam*, 10.6.1950, 17.6.1950, 24.6.1950.

<sup>51</sup> ARA, *MR notulen van de Ministerraad 20.8.1951*.

<sup>52</sup> *Het Vrije Volk*, 2.8.1950.

<sup>53</sup> *Het Vrije Volk*, 20.9.1950.

befürwortete Mozer eine Ratifizierung desselben.<sup>54</sup> Eigentlich gab es in der Presse nur positive Stimmen dazu. Obwohl die Atlantiker den Atlantikpakt für ausreichend hielten, akzeptierten sie die EVG, weil sie ohnehin innerhalb der NATO operieren würde. Die Funktionalisten stimmten zu, weil sie auf eine Gleichstellung Europas mit Amerika in der NATO hofften. Die Realisten blieben skeptisch; der Plan kostete zu viel und biete keine Vorteile. Ihr Credo lautete: "keine politische Integration ohne wirtschaftliche Integration." Ruygers, der zu den Verhandlungen delegiert wurde, antizipierte übrigens große Schwierigkeiten.<sup>55</sup>

Die Funktionalisten verlangten von der Partei und von der Regierung mehr positive Signale, als diese zu geben bereit waren. Van der Goes äußerte im Januar 1952 in einem Artikel unter dem Titel: *Müssen wir schweigen?* Kritik an der Regierung und an der Partei, weil sie die EVG zu wenig unterstützten.<sup>56</sup> Drees versuchte ihn davon zu überzeugen, daß sich die Niederlande mit der EVG die Finanzprobleme anderer Staaten aufbürdeten. Wahrscheinlich würden die höchsten Gehälter aus einem der Teilnehmerstaaten als Richtlinie gelten, mit der Konsequenz, daß die niederländische Niedriglohnpolitik unterminiert werde.<sup>57</sup> Deshalb plädierten Drees und Liefink dafür, die EVG und EPG im kleinstmöglichen Rahmen zu realisieren. Mozer und van der Goes hingegen meinten, daß die Regierung die Sache Europas unter allen Umständen zu unterstützen hätte.<sup>58</sup> Die Kontroverse nahm an Schärfe zu; Liefink und Drees blieben bei ihrer Meinung, wollten sie jedoch nicht in einer Debatte an die große Glocke hängen. Sie beschuldigten die Funktionalisten, den Verhandlungsspielraum der Regierung leichtsinnig unterminiert zu haben. Drees ging soweit, mit seiner Demission zu drohen, falls die EVG akzeptiert würde, ohne den Niederlanden spürbare ökonomische Vorteile zu bringen. Die Funktionalisten sahen dies zwar anders, aber Drees war nun einmal der Ministerpräsident. Nach diesem Schlagabtausch glätteten sich die Wogen. Van der Goes zeigte Verständnis für die Haltung der Realisten, letztendlich war er selbst auch der Meinung, daß eine Wirtschaftsvereinigung Vorrang erhalten müsse; ein leeres Haus sei besser als kein Haus.<sup>59</sup> Die Diskussion setzte sich 1953 fort. Barents sah die EVG scheitern. Während van der Goes wieder polterte, die Regie-

---

<sup>54</sup> A. MOZER, *Het Europese leger*, in: *Paraat*, 10.11.1950.

<sup>55</sup> G. RUYGERS, *Europees leger*, in: *Paraat*, 19.10.1951.

<sup>56</sup> *Verslag congres Weg naar de vrijheid, gehouden op 28 en 29 december te Amsterdam; moeten wij zwijgen*, in: *Paraat*, 4.1.1952.

<sup>57</sup> ARA, *archieff Van der Goes doos 33, een brief van Drees naar Goes januari 1952*.

<sup>58</sup> IISG, PvdA, *notulen partijbestuur 7.11.1951*.

<sup>59</sup> W. ASBEECK BRUSSE, *The Dutch socialist party*, in: R.T. GRIFFITH, *Socialistic parties and the Questions of Europe in the 1950's*, Leiden 1993.

rung sei nur bereit, Maximalresultate zu akzeptieren. Wenn diese sich als unerreichbar erwiesen, kapituliere sie sogleich vor den Schwierigkeiten.<sup>60</sup>

Auch die Beneluxpläne spielten während dieser Periode eine Rolle. An ihnen läßt sich die unstete Haltung der PvdA in der Frage der Europaintegration verfolgen. Am 2.2.1948 berichtete *Het Vrije Volk* über die anfallenden Probleme, die die Zollgesetzgebung und die Devisendifferenzen verursachten. *Paraat* legte die Schwierigkeiten offen: Die Steuersysteme paßten nicht zueinander, das belgische Lohnniveau liege zu hoch und insgesamt sei die niederländische Wirtschaft für diesen neu zu schaffenden Wirtschaftsraum noch nicht stark genug.<sup>61</sup> Trotzdem müßten diese Hindernisse überwunden werden. Wenn die Verhandlungen scheiterten, geriete die Europaintegration in Gefahr. *Het Vrije Volk* wußte zu berichten, daß sich die Zollunion wahrscheinlich verzögere. Aber die Stimmung bleibe positiv. Das Genörgel solle endlich aufhören, Benelux sei einmalig in der Weltgeschichte, Belgien sei Hollands bester Kunde und - abgesehen von den USA - auch sein größter Lieferant.<sup>62</sup> Drees selbst analysierte die Probleme im Blatt und gab sich optimistisch. Tatsächlich kam es zu Vereinbarungen. Belgien gewährte den Niederlanden Kredite und willigte in etliche Forderungen ein. Am 1. Juli sollte die Wirtschaftsunion der beiden Länder abgeklärt sein. Tinbergen schrieb dazu: "Wir Sozialisten müssen uns für diese Verbrüderung von Nord und Süd erwärmen."<sup>63</sup> *Paraat* sah die Sache nüchtern: "Seit 1944 bemüht man sich nun, mal voller Begeisterung, dann wieder reserviert, um die Vereinigung der drei Länder als ein Modell für die europäische Integration. Nun zeigt aber gerade dieses Beispiel, wie groß die Hindernisse sind, die sich trotz besten Willens nur mühsam abbauen lassen."<sup>64</sup> Der Realist Roemers wies auf alle Gefahren hin, die von supranationalen Organen ausgehen könnten; die Entscheidungsebene würde sich von der Legislative auf die Exekutive verlagern; das Parlament würde nur noch vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Beamte seien in der Lage ihre Beschlüsse ohne demokratische Kontrolle auszuführen. Benelux ähnele einem Haus, dem man die Mauern demontiere, um Platz zu schaffen und das dann einstürze<sup>65</sup> - eine beliebte Metapher der Realisten. Der Parteikongreß 1949 verabschiedete dennoch eine positive Resolution zu Benelux: man erwarte schnelle Fortschritte und die Gründung neuer ausführender Organe.

Verfolgt man die oszillierende Stimmung in der Presse, ergibt sich folgendes Bild. Im Juli 1947 druckte *Het Vrije Volk* Hiobsbotschaften über Verzögerungen.

---

<sup>60</sup> IISG, PvdA, *notulen partijbestuur 28.10.53 en 28.2.1953*.

<sup>61</sup> *Paraat*, 10.9.1948.

<sup>62</sup> *Het Vrije Volk*, 9.3.1949.

<sup>63</sup> Ebd., 14.3.1949, 26.3.1949.

<sup>64</sup> *Paraat*, 18.3.1949.

<sup>65</sup> Ebd., 1.4.1949.



An diesem liberalen Machwerk könnten Sozialisten sich einfach nicht beteiligen. Antibelgische Gefühle machten sich breit, man bezichtigte die Belgier antiniederländischer Stimmungsmacherei. Dort behauptete man, daß sich die Niederlande mit gutem belgischem Geld sanieren wollten. Der von Belgien geforderte Freihandel, treibe die Niederlande in den Bankrott. Benelux bedeute Arbeitslosigkeit. Dem könnten Sozialisten nie zustimmen, so *Het Vrije Volk*.<sup>66</sup> Auch *Paraat* äußerte sich in diesem Sinne: "'Not leert beten', so hieß es im Krieg. In der Nachkriegszeit wurde daraus 'Not leert Zusammenarbeit'." Aber nun sei man drei Jahre weiter und könne überprüfen, was aus diesen Vorsätzen geworden sei; die Antwort laute: nichts! Die Verträge würden immer wieder vertagt und so langsam stelle sich die Frage, ob Benelux überhaupt zu realisieren sei. An all dem sei die liberale Wirtschaftsform Belgiens Schuld, welche die Niederlande nun einmal nicht akzeptieren könnten, da sie dann die Lohn- und Preisbindung abschaffen müßten, wodurch Arbeitsunruhen und Chaos entstünden.<sup>67</sup> Die Stimmung in der Presse blieb negativ, auch als am 1.10.1949 die Vorunion in Kraft trat. Die Zeitungen schrieben, daß die belgischen Industriellen alles andere als begeistert wären.<sup>68</sup> In der Resolution zum Schumanplan vom 17.5.1950 wurde die unbefriedigende Situation in der Beneluxfrage angesprochen und der Europarat gerügt.<sup>69</sup> Ende Dezember scheiterten die Verhandlungen über die Landwirtschaft. Das Presseecho blieb negativ. Irritationen über kleine Themen, z. B. über Schnittblumen, führten zu heftigen Vorwürfen. Es hieß, daß man in Belgien Benelux ruiniere.<sup>70</sup> Aber Ende 1951 schlug die Stimmung wieder um, denn inzwischen vollzogen sich gravierende ökonomische Veränderungen. Nun stand nämlich die niederländische Wirtschaft besser da als die belgische.<sup>71</sup> Trotzdem stellte sich der wahre Optimismus auch dann nicht ein. Noch 1953 wurde geäußert, wie wenig Hoffnung man habe im Hinblick auf Benelux. Die Haltung der Belgier wurde deswegen scharf kritisiert: "Man spricht dort manchmal über einen Aufstand gegen die Niederlande nach der Art von 1830." Es werde endlos geredet und antiniederländische Stimmung verbreitet - kein Fortschritt sei zu verzeichnen;<sup>72</sup> die wirtschaftlichen Hürden schienen unüberbrückbar. Solche Stimmungswchsel waren an der Tagesordnung. Zu all dem schrieb die mächtige Realistenfraktion Artikel in den Zeitungen. Die Funktio-

---

<sup>66</sup> *Het Vrije Volk*, 11.6.1949, 17.6.1949, 20.6.1949.

<sup>67</sup> *Paraat*, 24.6.1949.

<sup>68</sup> *Het Vrije Volk*, 6.10.1949, 11.10.1949, 20.10.1949.

<sup>69</sup> Ebd., 19.5.1950.

<sup>70</sup> Ebd., 12.4.1951.

<sup>71</sup> Ebd., 10.12.1951.

<sup>72</sup> Ebd., 20.1.1953, 21.1.1953.

nalisten verhielten sich still, um die Verhandlungen der Regierung nicht zu stören. Fraktionszwang ist hier wohl die naheliegende Erklärung.

Zur Idee des Dritten Weges während dieser Periode läßt sich sagen, daß sie erlosch wie eine Kerze. Nur *De Vlam* blieb ihr treu. Obwohl Ende 1950 der Koreakrieg in vollstem Gange war, warnte das Blatt vor Kriegspsychosen. Währenddessen erreichte die Kriegsangst in der übrigen sozialdemokratischen Presse ihren Höhepunkt. In der PvdA herrschte die Meinung vor, Korea sei ein Ablenkungsmanöver der Sowjetunion, um einen Überfall auf den Westen vorzubereiten. Dazu schrieb *De Vlam* hingegen, daß man den Krieg geradezu herbeiredete. Bei redlicher Argumentation öffneten sich nämlich noch stets ganz andere Perspektiven. Der 'Dritte Weg' sei auch jetzt noch der wahre Ausweg für Europa.<sup>73</sup> Allerdings machten sich die anderen sozialdemokratischen Blätter lustig über diese naiven Neutralitätsträume, denen vor allem englische und französische Sozialisten anhängen. *Die Illusion vom Neutralismus bei den Sozialisten* ist ein kennzeichnender Titel aus dieser Zeit.<sup>74</sup>

Ende 1951 wurde dann doch eine Friedensinitiative unter dem Motto: 'Der dritte Weg' gegründet, der sich viele Sozialisten anschlossen. Diese Friedensbewegung akzeptierte die Zweiteilung der Welt nicht. Die Vereinten Nationen sollten zu ihrer ursprünglichen Form zurückkehren. Die Anhänger der Bewegung kritisierten die Presse: "Immer wieder wird die Radio- Fernseh- und Presseberichterstattung von Angst und Nervosität beherrscht, wodurch sich viele Niederländer in Russenhaß verstricken." Ein klarer und sachlicher Informationsstil sei vonnöten, um einen Beitrag zum Weltfrieden zu leisten.<sup>75</sup> Der Parteivorstand reagierte äußerst heftig darauf, daß prominente Parteimitglieder wie Buskens und Donkersloot sich auf eine derart plumpe kommunistische Propaganda einließen. Im Parteivorstand besprachen Vorrink, Drees, Ruygers, Roemers und Mozer diese Probleme des öfteren. Vorrink bemerkte, daß sich die Abweichler im kommunistischen Blatt *De Waarheid* gegen den Atlantikpakt ausgesprochen hätten. Es müsse den betreffenden Herren deutlich gemacht werden, daß dieses unmöglich sei. Die Abweichler wurden vorgeladen und konnten ihren Standpunkt erläutern. Der ganze Vorgang wurde jedoch sehr geheim gehalten, mit der Begründung, daß die Kommunisten sofort Kapital daraus schlagen würden. Der Parteivorstand befand, daß eine 'Anti-Dritter-Weg-Resolution' zu veröffentlichen sei, denn sonst sei die Glaubwürdigkeit der ganzen niederländischen Außenpolitik in Gefahr. Die Abweichler ließen den Vorstand wissen, daß sie in der Partei verbleiben wollten, standen aber weiter zu ihrer Meinung, daß sie auf dem rechten Weg seien, und der Vorstand sich irre. Buskens erklärte, ihm liege jede Provokation fern, er wolle lediglich seine antimilitaristischen Gefühle zum Ausdruck bringen. Im übrigen müsse Westeuropa wirklich die Pattstellung der Großmächte durchbrechen. Die Partei stimme der Hochrüstung zu, erhalte dafür aber nur geringe Freiräume zurück. Er, Buskens, habe immer

---

<sup>73</sup> *De Vlam*, 18.10.1950, 9.12.1950, 17.2.1951.

<sup>74</sup> *Paraat*, 3.3.1950, 15.6.1951.

<sup>75</sup> IISG, PvdA P2, *Partijbestuur, 1952, Vredesbeweging derde Weg.*

wieder versucht, seine Meinung in *Het Vrije Volk* zu publizieren. Dort habe man ihn aber stets abgewiesen; seine Gruppierung verlange eine Möglichkeit der Äußerung ihrer Stimme im Parlament. Es sei unmöglich, in der Partei seine Meinung zu äußern. Mozer erkundigte sich, was die Gruppe um Buskens nun eigentlich genau unter 'Drittem Weg' und Neutralität verstehe. Er seinerseits respektiere deren Protest, wies aber darauf hin, daß die Stellung Europas in der Welt nach 1945 nun einmal keinen eigenen Kurs mehr ermögliche. Amerika böte die einzige Sicherheitsgarantie. Die Opponenten fanden hingegen, daß Europa nur auf dem 'Dritten Weg' wieder erstarke könne. Die Amerikaner hielten Europa schwach. Drees antwortete, indem er auf den Zustand der Welt einging. Er erläuterte die Vor- und Nachteile des Atlantikpakts und kam ebenfalls zu dem Schluß, daß die Hilfe der USA unerläßlich sei. In dem Manifest der Opponenten werde eine Gemütsbewegung verbalisiert, jedoch kein realer politischer Weg gewiesen.<sup>76</sup>

Zwei Wochen nachdem diese Diskussion stattgefunden hatte, zeigte Vorrink sich besorgt über das enorme Echo, das die Friedensbewegung in der Öffentlichkeit fand. Die Resolution, die er zu dem Thema schrieb, wurde nicht akzeptiert. Zu groß war die Besorgnis, dadurch Parteimitglieder zu verlieren. Eine neue Resolution kam nie zustande.<sup>77</sup> Auf dem Kongreß des Jahres 1953 wurde noch einmal betont, daß der 'Dritte Weg' keine Akzeptanz in der Partei habe. Van der Goes beschwor dagegen die gute Zusammenarbeit mit den USA.<sup>78</sup> In der Presse konnte die Diskussion tatsächlich vermieden werden. Lediglich die Ablehnung des 'Dritten Wegs' wurde von *Paraat* noch einmal betont, Mozer beschrieb ihn als buchstäbliche 'Sackgasse'.<sup>79</sup>

## 1953-1957 - Die Europäische Vereinigung im Dienste der wirtschaftlichen Entwicklung

Im Laufe des Jahres 1953 bahnten sich Veränderungen an. Ein Hauptmotiv dabei war, daß die EVG abgeschrieben wurde. Der Grund dafür lag darin, daß es in Korea am 27.3.1953 zu einem Waffenstillstand kam und daß die Politik der Moskauer Troika sich freundlicher gestaltete. Man überließ die Europaintegration wieder den Funktionalisten. In der gesamten europäischen Presse ließ das Interesse nach. Im Archiv der PvdA erscheint Europa weniger. Nur die französische Absage an die EVG sorgte noch für einigen Wirbel. Die Realisten nahmen eine abwartende Haltung ein, die Funktionalisten durften wieder ihre Meinung äußern. Die Römischen Verträge verursachten keine Diskussionen; die Europaintegration war eine ökonomische Notwendigkeit.

---

<sup>76</sup> IISG, PvdA, *notulen partijbestuur*, 16.1.1952, 21.1.1952, 11.3.1952.

<sup>77</sup> IISG, *notulen partijbestuur*, 28.3.1952.

<sup>78</sup> IISG, PvdA, *Congres C1 1952-1953, Congres 1953*.

<sup>79</sup> A. MOZER, *Europa tussen Oost en West*, in: *Paraat*, 4.4.1952.

Den Realisten war bereits seit Mitte des Jahres 1953 bewußt, daß die Chancen für die Ratifizierung des EVG-Vertrags in Frankreich gering waren; 1954 war der Konflikt, der durch die EVG-Pläne zwischen Funktionalisten und Realisten entstanden war, ausgetragen. Letztere hatten gewonnen und konnten mit dem Ergebnis zufrieden sein; die Funktionalisten waren froh, wenigstens etwas erreicht zu haben. Van der Goes betrachtete die Option einer Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland als das wichtigste Resultat des EVG-Vertrags, in dem, im Gegensatz zu allen anderen europäischen Organisationen, der Schwerpunkt auf der Politik lag. Ende 1953 und Anfang 1954 stand die sozialdemokratische Presse noch voller positiver Berichte über den EVG-Vertrag. Drees ließ sich allerdings zu diesem Thema nur selten hören; nicht einmal in seinem Jahresbericht bezog er Stellung dazu. Zwar schrieb er, daß Frieden wichtig sei, aber ob man dem 1954 näher kommen würde, ließ er offen. Er nahm Stellung zur Notwendigkeit eines großen europäischen Wirtschaftsraums, an dem die Niederlande in hohem Maße interessiert seien, da ein größerer Absatzmarkt benötigt würde.<sup>80</sup>

Die Funktionalisten hielten den EVG-Plan für vertretbar. *Het Vrije Volk* erwartete große Probleme im französischen Parlament, verteidigte den Plan aber trotzdem, denn der Nationalismus verstärkte sich nach Meinung des Blattes in Frankreich und Deutschland ständig, wodurch der Plan in Gefahr gebracht werde. Mendes France genoß zwar hohes Ansehen in der sozialdemokratischen Presse, dennoch wurden Zweifel gehegt, ob er die geeignete Persönlichkeit sei, den EVG-Plan durchzusetzen. Ende August meldete *Het Vrije Volk* das Scheitern des Plans. Er habe sich als Chimäre erwiesen. Europa war noch nicht reif dafür, so lautete das allgemeine Presseecho.<sup>81</sup> Deutschland solle sich der NATO anschließen, dann sei das Problem gelöst. Auch van der Goes blieb gelassen; er bedauerte den Fortgang und fand, man müsse eben aufs Neue beginnen.<sup>82</sup> Die EVG wurde schnell vergessen. Als die Pariser Verträge geschlossen wurden, hatten sogar die Briten mit unterzeichnet. Man einigte sich darauf, die deutsche Wiederbewaffnung in eine Westeuropäische Union (WEU) zu integrieren, was die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik ermöglichte. Allerdings besaß die WEU keinerlei supranationale Elemente.

Den Realisten in der PvdA gefiel dies ausnehmend gut, denn dieses Ergebnis entsprach genau ihren Vorstellungen, eine atlantische Gemeinschaft mit der Bundesrepublik. Währenddessen mokierten sich die Funktionalisten doch über die fehlende Supranationalität. Van der Goes befand, daß die militärische Lösung gut sei, die EVG aber für die europäische Vereinigung besser gewesen wäre: "Europa wurde militärisch gerettet, aber international geschlagen."<sup>83</sup> Auch Mozer bedauerte diese Entwicklung, wenngleich etwas weniger heftig als van der Goes. Die EVG

---

<sup>80</sup> *Paraat*, 12.12.1954.

<sup>81</sup> *Het Vrije Volk*, 23.8.1954, 31.8.1954.

<sup>82</sup> Ebd., 24.9.1954.

<sup>83</sup> Ebd., 22.12.1954.

sei in mancher Hinsicht doch sehr unbefriedigend gewesen. Einen Brief diesen Inhalts schrieb er auch an Drees, in dem er jedoch auch seine Enttäuschung über die Haltung der Franzosen zum Ausdruck brachte.<sup>84</sup> So hielt sich die Trauer der PvdA insgesamt in Grenzen und man ging schnell zur Tagesordnung über.

## Die EWG und Euratom

Wirtschaftsintegration, das war seit langem die Zauberformel. Bereits 1954 hatte man parteiintern über die Schwierigkeiten, die sich unweigerlich einstellen würden, diskutiert. Die Integration durfte nicht auf Kosten der sozialistischen Planvorstellungen gehen.<sup>85</sup> Von Juli 1955 an informierte Burger die Parteispitze über die neue Initiative Monnets, der ganz neue Pläne zur Integration der Atomwirtschaft, zu den internationalen europäischen Märkten und zur Organisation des Sozialwesens vorgelegt hatte. Der Abgeordnete Barendse verwarf diese Vorschläge. Er wollte die Partei noch keineswegs an den Monnet-Plan gebunden sehen. Auch der Parteivorstand antizipierte Schwierigkeiten, wollte aber wegen der Euratom- und gemeinsamer-Markt-Pläne keinen Rückzieher machen.<sup>86</sup> Van der Goes bestand darauf, daß der Außenminister bei den Franzosen wegen des gemeinsamen Marktes vorstellig werden sollte. Er erwartete, daß auch das EWG-Konzept die Franzosen verschrecken würde. Die Funktionalisten versuchten über den parteilosen Minister Beyen, Einfluß im Kabinett auszuüben. Gespräche mit Drees zum Thema Supranationalität wurden vermieden.<sup>87</sup>

Der Parteikongreß des Jahres 1955 wiederholte noch einmal das Bekenntnis der PvdA zur europäischen Vereinigung. Als die Beneluxländer ihre Pläne zur Integration vorlegten und andere europäische Länder zur Teilnahme einluden, waren die Funktionalisten sehr stolz auf ihre Regierung. Nach den Wahlen kehrte Liefink nicht mehr ins Kabinett zurück. Sein ebenfalls sozialdemokratischer Nachfolger van Kieft stand viel positiver zur europäischen Vereinigung. Aber es war auch ein ausgesprochener Gegner ins Kabinett eingezogen, der Sozialdemokrat Suurhof. Drees und er führten die Verhandlungen auf der alten Basis: so viel ökonomische Vorteile für die Niederlande wie möglich und so wenig Souveränitätsverlust wie nötig. Van der Goes zeigte sich ausgesprochen unzufrieden mit dieser Haltung, hielt sich aber bis auf einen Brief an Suurhof, in dem er eine positive Haltung zu Europa forderte, zurück. Er wies den Minister darauf hin, daß sich die PvdA auf einen Europakurs verständigt habe; er sei nicht willens, Sabotageakte zu tolerieren. Dennoch kontinierte die Regierung den harten Verhand-

---

<sup>84</sup> IISG, PvdA, P10 Correspondentie Mozer, *Brief 19.11.1954 aan partijbestuur en brief Mozer aan Drees 7.10.1954.*

<sup>85</sup> *Economische integratie*, in: *Socialisme en Democratie* 11 (1954).

<sup>86</sup> IISG, PvdA, *notulen Partijbestuur 19.7.1955, 25.11.1955, 6.2.1957.*

<sup>87</sup> ARA, *notulen ministerraad 23.8.1955.*

lungskurs. Drees war nur zur Unterzeichnung eines Vertrags bereit, aus dem den Niederlanden keinerlei Nachteile entstehen würden. Von Idealismus kann bei dieser Angelegenheit keine Rede sein.<sup>88</sup>

Die Reaktionen auf die EWG-Pläne waren positiv. Man sah zwar die Schwachstellen, aber die Zufriedenheit überwog, obwohl die Niederlande dann doch Opfer bringen müssen. Es war nun einmal notwendig, daß Europa zu einer einheitlichen Wirtschaftspolitik fand. Die Funktionalisten sprachen von einem akzeptablen Kompromiß.<sup>89</sup> Auch van der Goes fand das Resultat annehmbar; er habe vom Scheitern der EVG gelernt, daß Taktik vor Prinzipien zu rangieren habe. Später ließen sich Euratom, EGKS und EWG zu einer Organisation vereinigen. Hinzu käme dann ein gemeinsamer Markt. Das Bedauerliche sei nur, daß ein solcher Markt seine Funktionsfähigkeit wohl nur im Zuge einer ökonomischen Malaise beweisen könne, denn während einer Hochkonjunktur brauche kein Land einen gemeinsamen Markt, während sich bei Konjunkturreben wiederum kein Land darauf einlassen würde. Aber insgesamt war auch er zufrieden mit dem Erreichten, das nun zügig ausgebaut werden müsse. Noch einmal zog er Bilanz, beschrieb die Probleme mit einer Zollunion. Die sei zwar positiv zu bewerten, nur dürften die Außenzölle nicht zu hoch ausfallen, wenn der niederländische Export nicht Schaden nehmen sollte. Außerdem fand van der Goes den Demokratiegehalt des Vertragswerks zu gering. Ein kleiner erster Schritt in Richtung Europa sei getan, dies erkläre aber nicht, warum sich diejenigen, die zu den erklärten Föderalisten zählten, die an Supranationalität und staatsrechtliche Erneuerung glaubten, für diesen zwar langen aber dennoch dürftigen Text begeisterten. "Auch für diese neue Gemeinschaft wird ihre Existenz bedeuten, daß sie sich verändern muß. Es wird sich erweisen, daß diesen Verträgen eine Eigendynamik innewohnt. Trotz aller Klagen über ein europäisches Wahlrecht wird dies der Dynamik des Prozesses zugute kommen. (...) In jeder Gemeinschaft bewährt sich, außerhalb der offiziellen Vertragstexte, ungeschriebenes Gesetz als wesentliche Rechtsquelle." Ferner erhoffte van der Goes eine zügige Weiterentwicklung der europäischen Gemeinschaft. Darin lag der eigentliche Grund für die Zustimmung der Funktionalisten zur EWG und zu Euratom.<sup>90</sup>

## Benelux

Auch in dieser Periode spielte Benelux eine wesentliche Rolle. Die unstete Haltung der PvdA dazu wurde bereits erläutert. Auch nun setzte sich die Stimmungsmache gegen Benelux unvermindert fort. Der Leitartikel von *Het Vrije Volk* vom 7.8.1953 lautete: *Benelux im Tief*. Den Anlaß lieferte diesmal die Belgische Bank, die ihren

---

<sup>88</sup> ASBEECK BRUSSE, *The Dutch socialist party*, S. 128-130.

<sup>89</sup> *Paraat*, 12.10.1957.

<sup>90</sup> M. VAN DER GOES VAN NATERS, *Het patroon van de Europese gemeenschap*, in: *Socialisme en Democratie* 4 (1957), S. 225.

neuen Münzen im Wert von einem halben Franc die Abmessungen eines niederländischen 25-Cent-Stücks gegeben hatte, welches den achtfachen Wert der belgischen Münze besaß. Das hatte zur Folge, daß entlang der Grenze ein schwunghafter Handel mit den Halbfrancmünzen entstand und die niederländischen Zigarettenautomaten geplündert wurden. Darin sah man den besten Beweis, daß die Belgier die Zusammenarbeit nicht ernst nahmen.

Im April 1954 schlug die Stimmung dann wieder um: Benelux bestehe nun schon zehn Jahre und die Fortschritte seien zwar bescheiden, aber fühlbar.<sup>91</sup> Diese positive Haltung hielt sich auch nach dem Scheitern der EVG. Benelux müsse Vorbild und Motor der europäischen Vereinigung sein, auch van der Goes sprach sich dahingehend aus.<sup>92</sup> 1956 hielt diese positive Stimmung an, während es 1957 wieder eine Reihe von Irritationen gab. Belgien behinderte den Import holländischer Tomaten. Im Juni mußte der Konflikt beigelegt sein, denn auf den Titelseiten fanden sich wieder zustimmende Berichte. Drees sprach sich lobend aus, indem er befand, die Zollunion funktioniere gut und bestätige den ökonomischen Nutzen, der zudem viele außenpolitische Konsultationen mit sich bringe. Der Euromarkt würde den Beneluxmarkt nicht verdrängen, da dieser schon lange etabliert sei, es hingegen noch lange dauern werde bis die EWG funktionieren würde.<sup>93</sup>

## Schlußbetrachtung

Die Frage nach dem Urteil der PvdA zur Europaintegration läßt sich nicht mit einem Satz beantworten. Es gab drei Gruppierungen: Die Föderalisten begeisterten sich für die Idee eines föderierten Europas, besaßen aber wenig bis gar keinen Einfluß auf die Regierung. Sie traten dafür ein, daß Europa in einem großen Schritt durch die Proklamation einer europäischen Verfassung und demokratische, gesamt-europäische Wahlen zu entstehen habe. Sie waren der Überzeugung, daß dies sowohl für die Niederlande als auch für Europa und die Welt eine gute Lösung sei. Sie fühlten sich als Europäer und verwarfen alle Kompromisse. In den Jahren von 1945 bis 1948 erklang ihre Stimme am lautesten, ohne jedoch Einfluß zu gewinnen.

Den Funktionalisten gelang dieses sehr wohl, indem sie eine Integration von Teilgebieten anstrebten. Diese Pläne standen zwischen 1948 und 1953 im Zenit. Die Anhänger dieser Gruppierung verhielten sich flexibel, strebten nach dem politisch Durchsetzbaren und erlangten einigen Einfluß auf die Regierung, was aber auch darauf zurückzuführen war, daß sie viele Parlamentarier in ihren Reihen zählten.

Die Realisten setzten ihre Meinung unverfälscht durch. Die unangefochtene Führungspersönlichkeit der PvdA, Willem Drees, vertrat die Meinung, daß Inte-

---

<sup>91</sup> *Het Vrije Volk*, 14.5.1954.

<sup>92</sup> Ebd., 18.10.1954, 22.12.1954.

<sup>93</sup> Ebd., 25.5.1957, 17.6.1957.

gration ein nobles Ziel darstelle, eine Regierung jedoch die Pflicht habe, niederländische Interessen so effektiv wie möglich zu verteidigen. Die Realisten äußerten sich sehr selten zu Europa und beschäftigten sich nur damit, wenn nationale Interessen auf dem Spiel standen. Sie wollten so wenig Supranationalität wie möglich gewähren gegen ein Höchstmaß an Wirtschaftsvorteilen. Letztendlich haben sie damit den Kurs der Optimierung ökonomischer Vorteile für die Niederlande gesteuert. Die ökonomische Integration war das einzige europäische Thema, für das sie sich interessierten. Die politische Integration versuchten sie so gering wie möglich zu halten. Die Vorstellungen dieser Gruppe wirkten sich zwischen 1953 und 1957 am effektivsten aus. Sie befürworteten die Römischen Verträgen, erachteten die EVG als unattraktiv und neigten zu einer atlantischen Lösung. Eine politische Union stand nicht zur Debatte und wurde dann auch nach Kräften abgewendet. Man war sogar bereit, eine Kabinettskrise in Kauf zu nehmen, wenn die Niederlande vitale Interessen für die europäische Vereinigung aufgeben würden.

Allerdings wäre es falsch anzunehmen, daß diese Haltung von der ganzen Partei angenommen wurde. Die Funktionalisten bemühten sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln um die Durchsetzung einer maximalen Integration in kurzer Zeit. Die Haltung der PvdA-Realisten wirkte sehr frustrierend auf die Funktionalisten, die viel in der Presse schrieben und versuchten, die Europaidee zu lancieren. Das gelang ihnen durchaus, denn die PvdA besaß im In- und Ausland das Image einer proeuropäischen Partei. Sie formulierten auch die zahlreichen Resolutionen zu Europa auf den Parteikongressen und sie schrieben die Wahlkampftexte dazu. Von außen gesehen verfügten sie scheinbar über viel Einfluß in der PvdA. Das hing auch damit zusammen, daß viele Parlamentarier und der Fraktionsvorsitzende Michiel van der Goes van Naters als ihr Wortführer zu dieser Gruppierung gehörten. Weil die Realisten sich zu Europa wenig äußerten, konnten die Funktionalisten nach außen das Bild der PvdA in dieser Frage bestimmen. Ihr wirklicher Einfluß war jedoch viel kleiner. Wegen der eisernen Fraktionsdisziplin in der Partei, mußten die Funktionalisten viele Enttäuschungen hinnehmen. Die Realisten hatten das Sagen. Sie verfügten über wirksame Waffen, die Funktionalisten konnten es nicht auf sich nehmen, die Regierung zu stürzen, denn das hätte in der Ära Drees zugleich das Ende ihrer politischen Karriere bedeutet. Er und die Realisten besaßen die Macht.

Ging es der PvdA nun nur um den Verkauf von Tulpen und Käse? Wenn man die konkreten Regierungsmaßnahmen aus dieser Zeit in Betracht zieht, muß die Antwort ein klares 'Ja' sein. Betrachtet man jedoch die in der Partei geführten Diskussionen, dann muß man zu dem Schluß kommen, daß das Interesse vieler Sozialdemokraten über diese Wirtschaftsinteressen hinausreichte. Sie wollten ein supranationales Europa und vertraten die Meinung, daß dies für die Niederlande, Europa und die Welt die beste Lösung sei.

Die Föderalisten verfügten über keinerlei Einfluß in der Partei. Sie bereiteten der Partei oft Schwierigkeiten, denn sie hielten an dem Gedanken des 'Dritten Weges' fest, was in der Periode des Kalten Krieges in der Parteispitze viel Irritationen verursachte. Allerdings konnten sie zum Schweigen gebracht werden. Mit Drees an der Spitze gab es eine eiserne Fraktionsdisziplin, so daß nach außen hin vollkommene Einheit herrschte.